

Betrügerische Immobilienanzeigen

Dabei handelt es sich um Anzeigen von existierenden und auch nicht existierenden Immobilien welche zur Miete angeboten werden, über die die Täterschaft keine Verfügungsgewalt hat. Die Täterschaft publiziert eine falsche Immobilienanzeige auf einer Seite mit Kleinanzeigen oder auf sozialen Netzwerken und verlangt von den interessierten Personen, dass sie im Voraus eine Kautionsleistung leisten.

Vorgehen der Täterschaft

- Die Täterschaft publiziert eine Anzeige einer inexistenten Immobilie (z.B. Wohnung, Ferienhaus, Villa usw.) oder einer Immobilie, die zwar existiert, aber zurzeit nicht zu vermieten ist.
- Die Täterschaft beantwortet die E-Mails der Interessenten, indem er ihnen mitteilt, dass sie im Ausland weilt oder ins Ausland gehen muss und seine Wohnung (oder ein anderes Wohnobjekt) an eine vertrauenswürdige Person vermieten möchte. Sie bittet das Opfer, sich zu beschreiben und Kopien der Identitätsdokumente sowie anderer persönlicher Dokumente zu senden (Lohnausweise, Wohnsitzbestätigungen usw.).
- Danach kontaktiert die Täterschaft das potenzielle Opfer und teilt diesem mit, dass es unter all den Kandidaten ausgewählt wurde.
- Vor der Besichtigung des Objekts verlangt die Täterschaft als Kautionsleistung eine Monatsmiete im Voraus. Die Täterschaft

teilt dem Opfer die für die Überweisung nötigen Informationen mit. Das Geld muss über einen Geldtransferdienstleister wie zum Beispiel Western Union oder MoneyGram bezahlt werden.

So schützen Sie sich

- Seien Sie misstrauisch.
- Überweisen Sie kein Geld.
- Brechen Sie jeglichen Kontakt zur Täterschaft ab.
- Setzen Sie das betroffene Immobilienportal über das betrügerische Inserat in Kenntnis.
- Falls Sie der Täterschaft Kopien Ihrer persönlichen Dokumente zugeschickt haben, besteht das Risiko, dass Ihre Identität nun für andere Betrügereien missbraucht werden könnte. Melden Sie dies der ausstellenden Behörde.

Wenn es trotzdem passiert

- Informieren Sie sobald als möglich Ihre Bank oder den gewählten Geldtransferdienstleister. Möglicherweise kann die Zahlung noch gestoppt werden.

Die Luzerner Polizei beantwortet gerne Ihre Fragen.



117 POLIZEI-NOTRUF